

## Lohnentwicklung: Europas Löhne im Abwärtssog

Den Löhnen in Europa droht eine weitere Abwärtsspirale: In 16 von 27 EU-Staaten müssen die Beschäftigten in diesem Jahr mit Reallohnverlusten rechnen. Das geht aus dem neuen Europäischen Tarifbericht des WSI hervor. Die Europäische Kommission erwartet im EU-Durchschnitt ein Minus von 0,5 Prozent. Im Jahre 2011 waren die Löhne nach Abzug der Preissteigerung bereits um durchschnittlich 0,9 Prozent zurückgegangen.

Die Entwicklung in Südeuropa ist besonders drastisch: Für Griechenland wird in diesem Jahr ein Rückgang des Reallohnlevels um 7,5 Prozent erwartet, Portugals Löhne werden um 6,1 Prozent sinken. Aber auch in Großbritannien, den Niederlanden oder Dänemark drohen den Beschäftigten zum zweiten Mal in Folge reale Lohnverluste.

In der EU insgesamt bleibt die Verteilungsbilanz negativ, die Reallöhne sinken. Die Lohnquote geht weiter zurück, die Umverteilung zugunsten des Kapitals setzt sich fort. Das dürfte die Konjunkturkrise in Europa weiter verschärfen.

### BRD: Geringe Reallohnsteigerungen

Die Tarifabschlüsse im 1. Halbjahr 2012 liegen über denen des Vorjahres. In den meisten Branchen wurden für dieses Jahr Tarifsteigerungen von 3 bis 4 Prozent und mehr vereinbart. Im Durchschnitt fiel die Gesamtlaufzeit der Abschlüsse mit rund 17 Monaten deutlich geringer aus als im Vorjahr mit rund 23 Monaten. Dies ergibt sich aus der aktuellen Halbjahresbilanz des Tarifarchivs des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI).

Rechnet man die diesjährigen Tarifabschlüsse für rund 7,0 Millionen Beschäftigte mit ihren unterschiedlichen Laufzeiten auf das Jahr um, dann ergibt sich eine vorläufige jahresbezogene Tarifsteigerung gegenüber 2011 von nominal 3 Prozent. Für die 8,3 Millionen Beschäftigten mit länger laufenden Abschlüssen aus den Vorjahren ergibt sich für 2012 dagegen eine jahresbezogene Tarifsteigerung von 2,5 Prozent. Insgesamt errechnet sich aus diesen Daten für das Jahr 2012 für 15,3 Millionen Beschäftigte eine durchschnittliche nominale Tarifsteigerung von 2,7 Prozent. Real gibt es allerdings nur ein geringfügiges Plus von 0,3 Prozent. Allerdings kann damit bislang nur ein winziger Teil der Reallohnverluste der letzten 10 Jahre ausgeglichen werden: Deutschland ist der einzige Staat in Europa, dessen Reallohniveau zwischen 2001 und 2009 gesunken ist.

### Trendwende notwendig

Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass die Tarifabschlüsse dieses Jahr bisher hinter den Möglichkeiten und Notwendigkeiten zurück blieben, trotz oft guter Dynamik und Beteiligung in den Streiks und Aktionen. Die Umverteilung zugunsten des Kapitals konnte nicht gestoppt werden. Die Krisenlasten sind auf die abhängig Beschäftigten weiter abgewälzt worden. Die Tarifrunden 2013 müssen gut vorbereitet werden, um eine Trendwende zu erreichen.

#### Weitere Infos unter:

[http://www.boeckler.de/pdf/p\\_ta\\_hjb\\_2012.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/p_ta_hjb_2012.pdf)

Weitere Infos über die Gewerkschaftslinken und ihre örtliche Foren gibt es im Labournet unter: [www.labournet.de/GewLinke](http://www.labournet.de/GewLinke)

#### Impressum:

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken  
Hans Kroha – Klaus Peter Löwen – Christa Hourani –  
Christiaan Boissevain

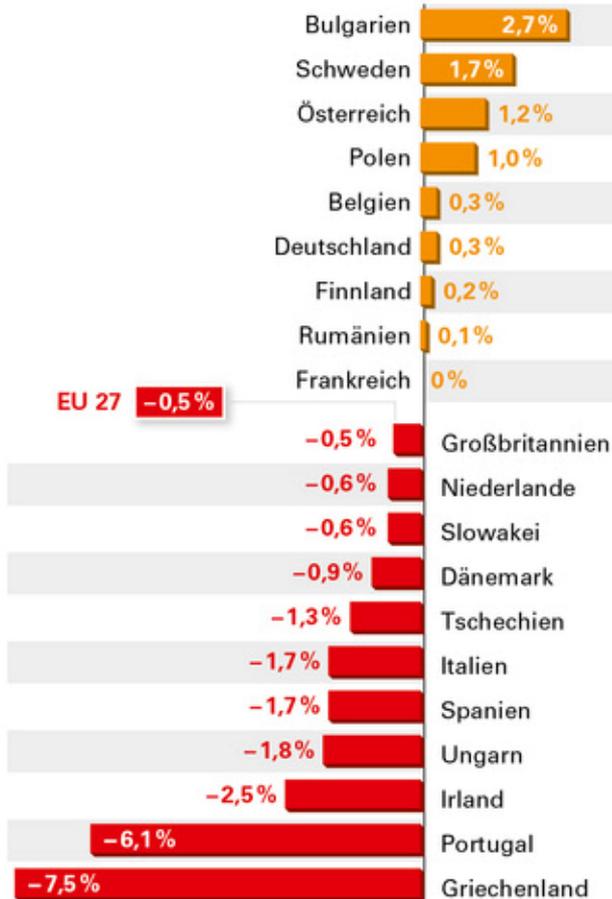
Tel: 06182/782306

E-Mail: [HKroha@t-online.de](mailto:HKroha@t-online.de)

Redaktionsschluss: 19. September 2012

### Krise lässt Löhne sinken

Die Reallöhne werden sich 2012\* im Vergleich zum Vorjahr verändern um ...



\*Prognose | Quelle: Europäische Kommission 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

# Reicht für ein wirkliches „UmFAIRteilen“ Reichtum besteuern aus?

Vor einigen Monaten hat sich das Bündnis UmFAIRteilen gegründet. Dem parteipolitisch unabhängigen Bündnis „Umfairteilen – Reichtum besteuern!“ gehören bisher auf Bundesebene über 20 zivilgesellschaftliche Organisationen an: Von Attac, Gewerkschaften und Sozialverbänden über Migrant\*innenverbände, Jugend- und Studierendenorganisationen bis hin zur Initiative Vermög\*nder für eine Vermögensabgabe. Am 29. September 2012 findet ein bundesweiter Aktionstag statt mit Kundgebungen in Berlin, Bochum, Frankfurt am Main, Köln und Hamburg sowie weiteren Aktionen in mehr als 30 Städten.



Angesichts der gleichzeitig wachsenden öffentlichen Finanznot und einer zunehmenden sozialen Ungleichheit fordert das Bündnis eine rigorose steuerpolitische Kehrtwende. Allein die privaten Vermögen des reichsten Prozents der Bundesbürger sind höher als alle Schulden von Bund, Ländern und Kommunen zusammen. Deshalb will das Bündnis eine spürbare Umverteilung von Reich zu Arm erreichen, damit Politik auch künftig noch Gestaltungsspielräume und der Sozialstaat eine Zukunft hat. Konkret fordert das Bündnis eine dauerhafte Vermögenssteuer sowie eine einmalige Vermögensabgabe, um reiche Haushalte in Deutschland deutlich stärker als bisher für die Finanzierung des Gemeinwesens heranzuziehen.

## Welche Forderungen?

Die Forderung nach UmFAIRteilen - Reichtum besteuern! ist in dieser Allgemeinheit nicht falsch. Aber nur dann, wenn sie mit einem Kampf um nachfolgende Forderungen verbunden werden würde:

- Hartz IV abschaffen
- statt Rente mit 67 eine Rente ab 60 ohne Abschläge
- Verbot von Leiharbeit und allen andere ungeschützten Arbeitsverhältnisse
- Stopp der Privatisierung der öffentliche Daseinsvorsorge - bisherige Privatisierungen rückgängig machen.

### Wir brauchen:

- radikale Arbeitszeitverkürzung, bei vollen Lohn- und Personalausgleich (30-Std. sofort!)
- einen Mindestlohn von 10 € pro Stunde lohnsteuerfrei!
- ein Verbot von Entlassungen bei allen Firmen, die Gewinne machen.

Die Durchsetzung dieses Forderungskatalogs in Kombination mit Reichtum besteuern und natürlich ein konsequenter Kampf dafür, würde ein wirkliches UmFAIRteilen einleiten können.

## Kapitalismus reformierbar ? Ist ein Zurück zum "sozialen Konsens" der 70er Jahre möglich?

Die Durchsetzung all dieser Forderungen würde nicht ausreichen, um die sozialen Ungleichgewichte in dieser marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaft völlig auszugleichen, noch würden neue Krisen verhindert werden können, aber es würde die Lebenssituation vieler Menschen verbessern. Ein Zurück zu den 70er und 80er Jahre des sogenannten "sozialen Konsens" wird es auch nicht geben. Im Gegenteil, die tiefe Krise des Kapitalismus ist nicht zu Ende, sondern wir stecken mittendrin. Das zwingt das Kapital zu weiteren Angriffen auf die Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung.

Es ist eben nicht eine Krise des kapitalistischen Finanzsystems gewesen, die zur Wirtschaftskrise und dann zur Schuldenkrise geführt hat, sondern umgekehrt:

eine tiefe Verwertungs- und Überproduktionskrise, die zu einer Krise im Finanzsektor führte. Die sogenannte

Finanzkrise hat eine zyklisch anstehende Konjunkturkrise teilweise überdeckt und gleichzeitig zu deren Verschärfung bis zu einer strukturellen Wirtschaftskrise geführt. Die einengende Sicht auf Finanz- / Schulden- / Eurokrise und die daraus abgeleitete Hauptforderung nach "Reichtum - besteuern" leugnet die generelle Verwertungs- bzw. Überproduktionskrise und vermeidet die notwendige Infragestellung des marktwirtschaftlichen Systems insgesamt! Deshalb kann diese Sicht der Dinge nicht zu wirklicher UmFAIRteilung zugunsten der arbeitenden Klasse in der Gesellschaft beitragen. Wie gesagt, die Forderung nach Reichtum besteuern ist nicht falsch, solange sie eingebettet wäre in den oben dargestellten umfassenderen Forderungskatalog! Dass dem nicht so ist, ist eine der Schwächen dieser Kampagne.

Kapital und Regierung werden alles tun, um die verheerende Folgen und Kosten auf den Rücken der abhängig Beschäftigten abzuwälzen. Also auf die Schwächeren und Schwächsten in dieser Gesellschaft. Ein appellieren an die "menschliche Vernunft" der Regierung und "bessere Einsicht" des Kapitals oder gar das weitere Setzen auf den gemeinsam mit den Unternehmern zu verteidigenden "Standort Deutschland" wird zwangsläufig zur Unterordnung unserer Interessen unter die des Kapitals und zu weiteren sozialen und politischen Katastrophen, auch in Deutschland, führen. Wir müssen anfangen, uns Gedanken zu machen, wie dieses System des Kapitalismus, das auf Konkurrenz zwischen Jung und Alt, Arbeitslosen und Arbeitenden, Ausländern und Inländern beruht, und immer noch mehr Profit für die sowieso schon Reichen produziert, ersetzt werden kann. Denn dieses System führt zu weiteren Hunger- und Flüchtlingskatastrophen, zur Umwelt- und Klimakatastrophe und nicht zuletzt zu Kriegen.

## Wie kämpfen?

Das es in diesem Jahr in Deutschland zu keinem nennenswerten massenhaften Widerstand gegen die Krisenpolitik von Regierung und Kapital gekommen ist, liegt aber nicht nur an den angepassten Gewerkschaftsführungen. Sondern es liegt an den Wechselwirkungen zwischen dem bürgerlichen Krisenmanagement der Schwarz-Gelben Bundesregierung einerseits und der inzwischen jahrzehntelangen Anpassung der Gewerkschaftsführungen ans "Standort-Deutschland-Denken" mit verheerenden Folgen für das Selbstbewusstsein der ArbeiterInnen andererseits. Daraus resultiert, dass die Notwendigkeit harter Kampfmaßnahmen zurzeit von der Mehrheit nicht erkannt wird. Zumindest, dass solche für nicht erfolgreich machbar gehalten werden.

Teile des gewerkschaftlichen Funktionärskörpers bleiben gefangen in der Illusion, dass Appelle "für eine bessere Politik" und ein paar Demonstrationen am Samstag die herrschende Politikerkaste "zur Vernunft" oder gar "zur Umkehr" bewegen könnten.

Andere Teile des gewerkschaftlichen Funktionärskörpers (und hier vor allem die Führungen) sind inzwischen nicht mehr bereit, eine starke Mobilisierung und erfolgver-

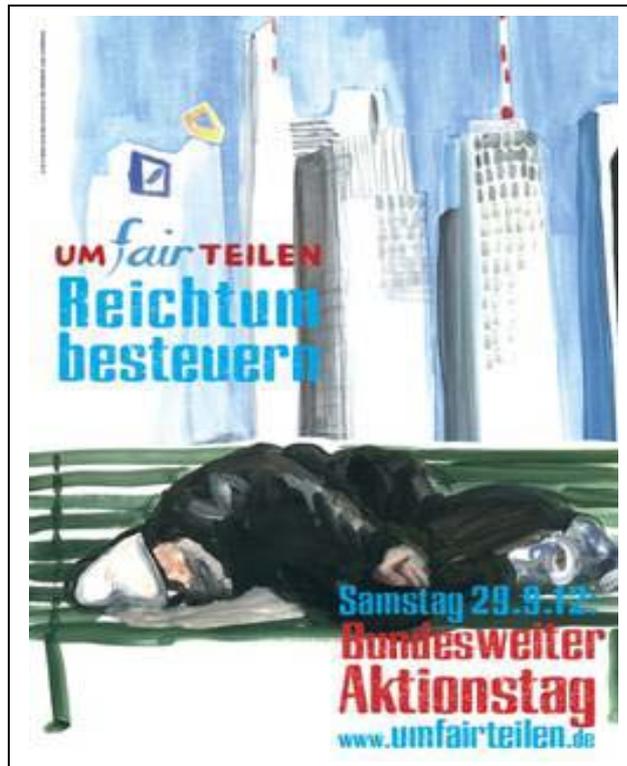
sprechende Kampfmaßnahmen bis zur vollständigen Durchsetzung von politischen Forderungen auch nur in Betracht zu ziehen. Unter diesen Voraussetzungen ist zu befürchten, dass die gewerkschaftlichen Herbstaktionen wieder einmal nur zum "Dampf ablassen" genutzt werden sollen.

Statt auf eine Zuspitzung der gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen bis zum Generalstreik zur Durchsetzung zumindest einer dieser Forderungen zu setzen, wird als "Lösung" hauptsächlich für "das richtige Kreuzchen setzen" bei der Bundestagswahlen 2013 geworben werden.

Innerhalb der DGB-Gewerkschaften sollten wir deshalb gemeinsam für die genannten Forderungen und für eine breite gesellschaftliche Mobilisierung, auch mit den Mitteln des politischen Streiks bis hin zum Generalstreik eintreten. Gerade deswegen werden wir am Samstag, dem 29. September natürlich vor Ort sein und uns an den Demonstrationen und Aktionen beteiligen.

**Christiaan Boussevain, Münchner Gewerkschaftslinker**

Weitere Infos zum bundesweiten Aktionstag „UMfairTEILEN – Reichtum besteuern“ am 29. September unter:  
<http://umfairteilen.de/>



express  
Zeitung für wirtschaftliche  
Beitragende und Gewerkschaften

Eine Krise nach und in  
der anderen...

Gewerkschaften:  
Ordnungsfaktor oder  
Gegenmacht?

**Tagungseinladung**

**Termin:** 12.-14. Oktober 2012

**Ort:** Naturfreundehaus Elmstein/Pfalz

**Veranstalter:** Redaktion express / AFP e.V. in Kooperation mit ver.di-Landesbezirk Ba-Wü, ver.di-Landesbezirk Rheinland-Pfalz, ver.di-Bezirk Rhein-Neckar

**ReferentInnen u.a.:**

**Prof. em. Joachim Hirsch:** "Wirtschafts-, Finanz- und Eurokrise - eine Krise Europas und der Demokratie?"

**Dr. Heiner Dribbusch:** "Ein Exportschlager - Die Rolle der deutschen Gewerkschaften und ihrer Tarifpolitik in Krisen"

**Prof. Dr. Carsten Wirth:** "Die neue 'A-Klasse' - tausendfach, alles unter einem Dach?"

**Willi Hajek** (TIE-Bildungswerk e.V.): "Neue Gewerkschaften in Europa und lokal - eine oder die Lösung?"

**Udo Belz** (Konzernbetriebsrat Alstom): "Grenzen überschreiten - gewerkschaftliche Aktivitäten in einem Weltkonzern"

**Weitere Infos unter:**

<http://www.express-afp.info/veranstaltung.html>

## Streikrecht bleibt erst mal

### EU-Kommission zieht Verordnung zurück

Die Europäische Kommission ist mit ihrem Versuch gescheitert, das Streikrecht einzuschränken. Kommissionspräsident José Manuel Barroso kündigte im September an, die sogenannte Monti-II-Verordnung zurückzuziehen. Mit der Rechtsvorschrift sollten Arbeitskämpfe, die die Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit beeinträchtigen, künftig für unzulässig erklärt werden.

Wäre der Entwurf in Kraft getreten, hätten Beschäftigte nicht mehr gegen den Einsatz billigerer Arbeitskräfte aus anderen EU-Ländern streiken dürfen. Anfang 2009 hatte es mehrere „wilde Streiks“ in einer Raffinerie von Total in Lindsey/England gegeben. Der Auslöser war ein Beschluss der italienischen Baufirma IREM gewesen, ausschließlich italienische und portugiesische Arbeiter für ihr dortiges Bauvorhaben einzusetzen. Auch in Finnland, Schweden und Dänemark war es in den vergangenen Jahren zu Protesten gekommen, weil Firmen ausländische Arbeiter gezielt zur Senkung der Personalkosten eingesetzt hatten.

Bereits im Mai hatten zwölf nationale Regierungen Einspruch gegen die geplante Regelung erhoben. Die deutsche Regierung allerdings nicht.

Der DGB hatte die EU-Pläne, wie alle anderen europäischen Gewerkschaften auch, heftig kritisiert. Die Industriegewerkschaft Bauen, Agrar, Umwelt begrüßte den Rückzieher der Kommission: „Die Verteidigung des Streikrechts ist ein großer Erfolg, der Mut macht“, erklärte der stellvertretende IG-BAU-Vorsitzende Dietmar Schäfer am Mittwoch. „Er darf aber nicht darüber hinwegtäuschen: Die politische Linie der EU, Arbeitnehmerrechte zu verwässern, ist nicht gebrochen. Wir werden der EU-Kommission genau auf die Finger schauen“. Und wir werden den Gewerkschaftsführungen auf die Finger schauen, dass sie die von ihnen zusammen mit dem Arbeitgeberverband initiierten Streikrechtsänderungen nicht wieder aus der Schublade ziehen.

# Prekäre Jobs: Tickende Zeitbombe

Jeder fünfte Beschäftigte in Deutschland arbeitet gegenwärtig nur für einen Niedriglohn (Niedriglohn = weniger als 2/3 des Durchschnittseinkommens im Land). Das hat das Statistische Bundesamt Anfang September in Wiesbaden mitgeteilt. Konkret heißt das: 20,6% der Beschäftigten erhalten eine Vergütung von weniger als 10,36€ pro Stunde. Die meisten Beschäftigten, die 2010 einen Niedriglohn erhielten, waren atypisch beschäftigt. Zur atypischen Beschäftigung zählt Teilzeitbeschäftigung mit bis zu 20 Wochenarbeitsstunden, befristete Beschäftigung, Zeitarbeit und Mini-Jobs. Fast jeder zweite atypisch Beschäftigte erhielt 2010 einen Verdienst unter der Niedriglohngrenze. Einen besonders hohen Niedriglohnanteil wiesen die geringfügig Beschäftigten mit fast 85% auf. Bei Beschäftigten in Normalarbeitsverhältnissen lag der Anteil bei knapp 11%.

Niedriglohn hängt auch mit der Branche und der Tarifbindung in der Branche zusammen. Bei nicht tarifgebundenen Arbeitgebern erhielt fast ein Drittel der Beschäftigten einen Niedriglohn (31%). Bei tarifgebundenen Arbeitgebern waren es mit knapp 12% deutlich weniger. Besonders hoch war 2010 der Anteil von Beschäftigten mit Niedriglohn bei Taxifahrer/-innen (87%), Friseurinnen und Friseuren (86%) und im Reinigungsgewerbe (82%). Aber auch in Restaurants, Cafés und Gaststätten (77%), in Wäschereien und chemischen Reinigungen (74%) sowie in Kinos (74%) gab es besonders viele Beschäftigte mit Niedriglohn.

Nach Angaben des Deutschen Gewerkschaftsbundes sind seit 2001 eine Million sozialversicherungspflichtiger Vollzeitstellen vernichtet worden. Gleichzeitig entstanden weit über eine Million prekäre Stellen. Wer wundert sich da noch, dass der Anteil der Niedriglöhner zwischen 2006 und 2012 von 18,7 auf 20,6 % gestiegen ist? Der Trend ist eindeutig: sozialversicherungspflichtige Vollzeitjob werden in mehrere kleine und prekäre zerlegt. Das Kapital kann so effektiver Lohndumping durchsetzen und die Zahlung der Sozialversicherung ganz oder teilweise einsparen. Kein Wunder, dass das private Geldvermögen in Deutschland seit der Jahrtausendwende von 3,6 auf 4,6 Billionen Euro anstieg. Niedriglöhne und prekäre Jobs sind eine tickende Zeitbombe und werden die Altersarmut extrem verschärfen. Deshalb gehört Leiharbeit verboten.

Seit einigen Monaten sammelt der **Stuttgarter Metallertreff** Unterschriften unter den Text im Kasten unten, um die Debatte um das Verbot von Leiharbeit und Werksvertragsbetrug in die Betriebe zu tragen und den Druck zu erhöhen, dass Forderungen über die Regulierung hinaus hin zu einem Verbot in den Gewerkschaften verankert werden.

Am **7. Oktober** ist der **Weltaktionstag gegen prekäre Beschäftigung**. Um diesen Tag herum werden in verschiedenen Städten gewerkschaftliche Aktionen gegen prekäre Arbeit statt finden. Nutzen wir diesen Tag zur Unterschriftensammlung für ein Verbot von Leiharbeit.

Unterschriftslisten bitte einsenden an

**metallertreff@yahoo.de** oder an

**T. Kremer, Stockheimer-str. 1, 70435 Stuttgart**

## Verbot von Leiharbeit und Werkvertragsbetrug!

Die Leiharbeit boomt in zahlreichen Betrieben - mit oft schändlich niedrigen Löhnen! Die Agentur für Arbeit zwingt Arbeitslose zu Zehntausenden in diese Arbeitsverhältnisse, bietet oft gar keine anderen Jobs mehr an! In vielen Betrieben gibt es verkappte Leiharbeit und getarnte andere prekäre Arbeitsverhältnisse unter dem betrügerischen Titel „Werkverträge“!

Das alles vernichtet reguläre Arbeitsplätze, führt zu längerer Arbeitszeit, drückt Löhne herab und nötigt alle Beschäftigten zu immer zügelloserer Flexibilität. Belegschaften werden gespalten und all die Mitarbeiter/innen in prekären Arbeitsverhältnissen entrechtet.

Deshalb fordern wir durch unsere Unterschrift von Staat und Regierungen die Verwirklichung der folgenden Forderungen, von unseren Gewerkschaften Hilfe und Unterstützung dafür:

- Verbot der Leiharbeit (Zeitarbeit, Arbeitnehmerüberlassung)! Aufhebung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG)!
- Kündigung aller Tarifverträge des DGB für die Leiharbeit! Sie ermöglichen Niedriglöhne!
- Übernahme aller Leiharbeiter/innen in reguläre Arbeitsverhältnisse - beim letzten Entleiher - damit diese Kolleg/innen nicht auf die Straße fliegen!
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!
- Gesetzlicher Mindestlohn, nicht unter zehn Euro (lohnsteuerfrei)!
- Volle Durchsetzung der 35-Stundenwoche und weitere Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich!
- Ausnutzung aller Möglichkeiten der gewerkschaftlichen Betriebsräte, gemeinsam Leiharbeit zu verhindern! Gemeinsame Mobilisierung der Stammbeslegschaften und Leiharbeiter/innen für mehr Druck auf Regierungen und Unternehmen!
- Betriebsräte und Belegschaften müssen das Recht haben, alle Werkverträge zu kontrollieren, um verkappte Leiharbeit aufzudecken!

Name	Gewerkschaft / Funktion (informell)	Betrieb	Anschrift	Unterschrift